

SOLOTHURNER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Delegiertenversammlung in Oensingen

120 Delegierte und einige Gäste trafen sich in Balsthal zum Gespräch mit Bundesrat Ignazio Cassis und um gemeinsam die Parolen für die kommende Abstimmung zu fassen.

Seite 1, 3 und 4

Bereit für den Wahlkampf

Für eine starke Wirtschaft, eine krisenfeste Schweiz und eine sichere Altersvorsorge. Die FDP hat klare Antworten für die anstehenden Herausforderungen. Die drei Schwerpunkte bilden den Kern des FDP-Wahlkampfes im Hinblick auf die Eidgenössischen Wahlen im Oktober.

Seite 10 und 11

Ja zur OECD-Mindeststeuer

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über die OECD-Mindeststeuer ab. Die FDP setzt sich für ein Ja ein, damit das Geld in der Schweiz bleibt und die Standortattraktivität gestärkt werden kann. Nationalrätin Daniela Schneeberger erläutert, wie die Aufteilung der zusätzlichen Einnahmen zwischen Bund und Kantonen die Folge eines austarierten Kompromisses ist.

Seite 18

Wahlerfolg für Anne Hiltbold

Glanzresultat in Genf: Bei den Staatsratswahlen wurde Anne Hiltbold souverän in die Kantonsregierung gewählt und holt für die FDP den zweiten Sitz neben Nathalie Fontanet zurück. Die bisherige Gemeinderätin von Carouge spricht im Interview über ihre Ziele und welche Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit helfen würden.

Seite 22

Vizepräsidentin und Kantonsrätin Sabrina Weisskopf.



Wir machen Solothurn stark!

Delegiertenversammlung in Oensingen

120 Delegierte und einige Gäste trafen sich in Balsthal zum Gespräch mit Bundesrat Ignazio Cassis und um gemeinsam die Parolen für die kommende Abstimmung zu fassen.

Nach den kunstvollen Klängen des Jodlerklubs Falkenstein konnte Parteipräsident Stefan Nünlist über 120 Delegierte der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn im schönen Balsthal zu einem spannenden Politabend begrüßen. Freddy Kreuchi, Gemeindepräsident von Balsthal, erinnerte die Delegierten

an die wichtige Vermittlerrolle des Freisinns zwischen links und rechts. Anstelle der leider aus persönlichen Gründen verhinderten Bundesrätin Karin Keller-Sutter beehrte Bundesrat Ignazio

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–8 Solothurner Freisinn
- 9 Jungfreisinnige treffen sich in St. Gallen
- 10 Unsere Schwerpunkte im Wahlkampf
- 11 Sei Teil der FDP-Wahlkampagne
- 12/13 Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis im Doppelinterview
- 15 Nachruf auf Elisabeth Kopp
- 16 Demokratie mit Zukunft – Buch zur Entstehung der modernen Schweiz
- 17 Ausblick auf die Sommersession
- 18 Ja zur OECD-Mindeststeuer
- 19 Für ein wirksames Klimagesetz
- 21 Ein Tag im FDP-Generalsekretariat
- 22 Anne Hiltbold ist neue Staatsrätin in Genf
- 23 Vermischtes



Ohne Mut kein Erfolg

Die Schweiz braucht mehr Freisinn

Liebe Freisinnige

Unsere Partei ist die bürgerlich-liberale Kraft, die Verantwortung für dieses Land übernimmt, anstatt Polemik zu verbreiten. Seit über 175 Jahren basieren der moderne Bundesstaat und das Erfolgsmodell Schweiz auf den liberalen Werten der FDP: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt. Wir sind die politische Partei, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird. Dazu gehören Gestaltungswillen und Zuversicht. Und es braucht Mut. Ohne Mut gibt es keinen Erfolg!

Sorge tragen zu den liberalen Werten in diesem Land

Wir sorgen für eine krisenfeste Schweiz, damit wir in Sicherheit leben und jederzeit genug bezahlbare Energie haben. Wir kämpfen für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, welche die weltweit besten Löhne möglich machen. Wir stehen ein für auch in Zukunft sichere Renten. Die Volksinitiative der Jungfreisinnigen ist das geeignete Instrument dafür und führt aufgrund der besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotentials gleichzeitig zu einer Reduktion der Migration. Wir setzen uns überdies mit pragmatischen und wirkungsvollen Ansätzen für eine hochstehende und bezahlbare Gesundheitsversorgung ein. Das alles erreichen wir durch eine pragmatische und vorausschauende Politik, die sich an den Realitäten orientiert und nicht die Augen davor verschliesst. Wir lösen die Probleme, anstatt sie zu

bewirtschaften. So lamentieren wir nicht über die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir packen an und präsentieren mit der Individualbesteuerungsinitiative der FDP Frauen eine Lösung, die gleichzeitig Antworten liefert gegen den Arbeitskräftemangel und die Finanzierung der Sozialwerke. So machen wir die Schweiz stark!

Die Schweizer Politik braucht mehr Freisinn und liberale Impulse

Wir Schweizerinnen und Schweizer entscheiden am 22. Oktober, wie die Zukunft unseres Landes aussehen soll. Wer eine offene Schweiz wünscht, in der wir weiterhin für die soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln eintreten, wählt FDP. Wer nicht in einem staatlichen Bevormundungs- und Umverteilungsbiotop leben will, wählt FDP. Wer Innovation und Unternehmergeist weiterhin als Wurzel und Ausgangspunkt des Erfolgsmodells Schweiz betrachtet, wählt FDP.

Ich lade Sie ein zum Tag der FDP vom 2. September. Kommen Sie nach Freiburg! Gemeinsam wollen wir die freisinnige Sache feiern und die heisse Phase des Wahlkampfes einläuten.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fotos: Patrick Heim



Fortsetzung von Seite 1

Cassis die Solothurner Freisinnigen mit seiner Anwesenheit.

Klare Worte von Bundesrat Ignazio Cassis

Sehr sympathisch beantwortete Bundesrat Ignazio Cassis im Thal die erste Frage von Stefan Nünlist, wie Jungpolitiker ihre Karriere starten könnten: Es gehöre immer auch Glück dazu, er zum Beispiel startete seine Karriere in Bundesbern als «Quotenarzt» – auf der Nationalratsliste war nämlich noch kein Arzt vertreten.

Stolz sei er auf das Amt als Präsident des UNO-Sicherheitsrates. Er habe das Gefühl, dass die Schweiz ihre Werte mit klaren Einstellungen vertreten könne. Für die Organisation des Sicherheitsrates mit dem Vetorecht der ständigen Mitglieder ist es kompliziert, Dinge zu verändern. Schlussendlich müssen wir aber damit leben, dass Menschen immer wieder Gewalt anwenden werden.

Die Aussenpolitik ist Teil der Schweizer Politik. Es ist viel passiert seit der Entscheidung, die bilateralen Verträge fallen zu lassen. «Geografie ist Politik: Sag mir, wo du wohnst, und ich sage dir, welche Politik du machst», sagte Ignazio Cassis. Stabile Beziehungen zu unseren Nachbarn sind essenziell, da wir alle Sicherheit und Wohlstand wollen. Wir sind abhängig voneinander, da wir nicht nur ein Wirtschaftsraum, sondern auch ein Lebens-

raum sind. Er sei zuversichtlich, dass fruchtbare Verhandlungen möglich seien. Wir müssen weder auf unsere direkte Demokratie noch auf unsere Gerichtbarkeit verzichten. Wenn wir für die Verhandlungen mit der EU keine bürgerliche Allianz zustande bringen, werden wir am Schluss Bedingungen akzeptieren müssen, die uns nicht gefallen werden. Wir müssen mit Vernunft und auf keinen Fall moralisierend argumentieren.

«Neutralität ist ein Instrument und kein Ziel. Wenn Frieden herrscht, ist es bequem, neutral zu sein. Im Krieg hingegen ist es nicht angenehm. Nun wird gemessen, wie hoch unsere Resilienz gegenüber Kritik ist. Es ist auch okay, von nur 95% der Welt geliebt zu werden und den Gegenwind auszuhalten. Die Kritik kommt meistens aus dem Inland und nicht von ausserhalb. Wir sind solidarisch dabei, weil wir wissen, dass, wenn die Ukraine den Krieg verliert, Europa den Krieg verliert.

«Geografie ist Politik,
sag mir wo du wohnst,
und ich sage dir welche
Politik du machst.»

Auch heute noch finden in Genf Gespräche zwischen Vertretern aus Russland und der Ukraine statt.»

Die Welt wird immer weniger global, weniger westlich und auch weniger demokratisch. Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt nun in autokratischen Systemen. Dies sollte für uns Anlass sein, umso mehr für demokratische Werte zu kämpfen. Wichtig ist es, nicht überheblich und arrogant gegenüber anderen Staaten zu sein. Der Respekt voreinander und der Wille zum gegenseitigen Verständnis sind der richtige Weg.

Parole für OECD-Mindestbesteuerung

Wie immer höchst sachkundig stellte Nationalrat Kurt Fluri die Vorlage der OECD-Mindestbesteuerung vor.

Grundsätzlich geht es darum, dass die OECD beschlossen hat, grosse und international tätige Unternehmen zu wenigstens 15% zu besteuern. Falls sich ein Land nicht daran hält, dürfen andere Länder die fehlende Besteuerung in ihrem Land vornehmen. Mit einem «Ja» zur OECD-Mindestbesteuerung würde die Differenz zwischen dem niedrigeren nationalen Steuersatz (13%) und der Mindeststeuer von 15% ausgeglichen. Die zusätzlichen Einnahmen würden zu 75% den Kantonen und zu 25% dem Bund zufallen und damit in der Schweiz bleiben.

Fortsetzung auf Seite 4



Bundesrat Ignazio Cassis im Gespräch mit der Parteileitung.



Christian Thalmann



Ignazio Cassis



Peter Hodel

Delegiertenversammlung in Oensingen

Kurt Fluri



Manuela Misteli



Markus Spielmann



Michel Meier



Fortsetzung von Seite 3

Für Kurt Fluri ist klar: «Wir müssen nun die Vorlage unterstützen im Sinne einer Schadensbegrenzung, da die 15% von der OECD bereits beschlossen sind.»

Die Delegierten fassten mit 116 Ja- zu einer Nein-Stimme und einer Enthaltung die «Ja»-Parole.

Gegenvorschlag Gletscherinitiative

Kantonsrätin Manuela Misteli aus Biberist wägte die Argumente und die Gegenargumente für den Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative ab.

Bundesrat und Parlament stimmten für das Gesetz, und die FDP Schweiz, die Solothurner Handelskammer und der Gewerbeverein beschlossen die Ja-Parole. Die Meinung der Nationalratskandidatin ist klar: «Ja, für meine Kinder. Es ist an der Zeit, zielgerichteten Klimaschutz zu betreiben. Die Abhängigkeit vom Ausland ist deutlich zu reduzieren. Das Klimaschutzgesetz bietet Anreize für innovative Lösungen und ein Investitionspotenzial für den Arbeitsplatz Schweiz – ein tragbarer Kompromis, ohne neue Verbote, fortschrittlich und wirtschaftsfreundlich.»

Kantonsrat und Nationalratskandidat Christian Thalman entgegnete: «Der Mensch bewegt sich nur, wenn es etwas kostet. Viele Unternehmen sind aber bereits jetzt auf gutem Weg. Die liberale Haltung sollte sein, dass man auf ein neues Gesetz mindestens ein altes abschaffen soll. Dieses neue Gesetz ist eine blosse Geldverteilung.»

Die Delegierten fassten mit 77 Ja- zu 33 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen die «Ja»-Parole.

Zwillingsinitiative

Die kantonale Zwillingsinitiative wurde kontradiktorisch vorgestellt.

Markus Spielmann, Kantonsrat und Präsident des Hauseigentümerverbandes, argumentierte für die Vorlage. Er fragte: «Wollen wir den Mittelstand mit höheren Steuern belasten, wollen wir das Wohneigentum fördern oder die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer bestrafen? Bei einem Nein würde das Referendum ergriffen, und wir sind wieder gleich weit.»

Auch Christian Thalman, Kantonsrat und Vizeparteipräsident ist für die Initiativen. «In der Kir-

che gibt es für jede Berufsgattung und jedes Leiden einen Heiligen – bei den Steuern kann man für jeden Beruf und für jede Auslage einen Abzug machen, das macht die Steuern kompliziert.» Das Parlament ist nur auf dem Papier bürgerlich. «Für mich ist das Moratorium eine Absicherung, nicht weil ich der Regierung kein Vertrauen schenke, sondern weil der Kantonsrat nicht berechenbar ist. Wir verlieren bei einem Ja nichts.»

Regierungsrat Peter Hodel legte dar, dass der Revisionsbedarf klar gegeben ist, das bestätigt in der Vernehmlassung auch der HEV. Ziel ist, ein einfaches und nachvollziehbares System zu haben. Der rechtswidrige Zustand soll korrigiert werden. Eigenmietwert in heutiger Form soll stehen gelassen und die Steuerfreibeträge beim Vermögen um das Dreifache erhöht werden. Das kantonale Gesetz wird vom Bundesgesetz übersteuert. Aus Sicht der Regierung zweifelt die Zwillingsinitiative an unserem demokratischen, politischen Prozess. Man kann sie mit gutem Gewissen ablehnen. Wenn wir zu lange warten, verzögert sich eine Anpassung weit in die Zukunft.

Peter Hodel konnte für die Position des Regierungsrates immerhin einen Achtungserfolg erzielen. Doch die Delegierten folgten mehrheitlich den beiden Kantonsräten und beschlossen die Ja-Parolen: für die Initiative «Katasterwert» mit 59 Ja zu 43 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen, für die Initiative «Hände weg von den Abzügen» mit 65 Ja zu 37 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen.

Änderung Gesundheitsgesetz

Michel Meier, Rechtskonsulent der Gesellschaft der Ärztinnen und Ärzte des Kantons Solothurn, bedankte sich für die Unterstützung der FDP-Fraktion. Seine Haltung zum Gesundheitsgesetz war klar: «Es ist ein Trugschluss, mit der Zulassungssteuerung könne man Gesundheitskosten sparen. Fakt ist, dass es für unsere Gesundheitsversorgung schlecht aussieht. Es muss etwas passieren, denn wir wollen auch in Zukunft eine bezahlbare Gesundheitsgrundversorgung.»

Dr. Cornelia Meier, Präsidium GAeSO, die an vorderster Front eine Hausarztpraxis führt, stellt fest, was alle wissen: Es fehlt an allen Ecken und Enden an Ärzten. Dr. Christoph Schänzle, Präsidium GAeSO, sagte: «Die Schweiz hat zu wenig

«Wir Freisinnigen machen Solothurn stark!»

Ärzte ausgebildet, früher konnte man diese einkaufen, das ist aber mit den neuen Bedingungen fast nicht mehr möglich. Die Überbürokratisierung belastete die Arbeit der Ärzte.» Frau Dr. Meier führte dazu an, dass ihr heutzutage nach einem ganzen Tag Behandlungen noch zwei bis drei Stunden Büroarbeit anfielen.

Mit einem starken Signal schickten die Delegierten die Gesetzesvorlage zurück an den Regierung und empfehlen mit nur 4 Ja- gegen 99 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen die Änderung des Gesundheitsgesetzes abzulehnen.

Wahlen 2023 und Initiative

Vizepräsidentin und Kantonsrätin Sabrina Weisskopf betonte, dass für die Nationalrats- und die Ständeratswahlen 2023 jede Unterstützung gebraucht werde. In einem kurzweiligen Film präsentierten sich die Kandidierenden.

Sabrina Weisskopf bedankte sich bei allen Freisinnigen, welche die 1:85-Initiative unterzeichnet oder sich beim Unterschriften sammeln engagiert hatten. Am 5. Mai 2023 durften der Staatskanzlei 3321 gültige Unterschriften überreicht werden.

Schlusswort des Präsidenten

Parteipräsident Nünlist konnte zum Schluss auf einen in jeder Hinsicht gelungenen Parteabend zurückblicken, Balsthal und den Organisatoren für die Gastfreundschaft danken und gut gelaunt bilanzieren: «Wir Freisinnigen machen Solothurn stark!»

Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin



Der Freisinn und sein Staat

Präsidentiales

Nach einem zügigen Start, einer längeren Ruhephase und einem fulminanten Schlusspurt – allein in den letzten zehn Tagen vor Ablauf der Sammelfrist wurden über 1200 Unterschriften gesammelt – konnte am 5. Mai die 1:85 Initiative mit 3321 Unterschriften fristgerecht eingereicht werden.

Konkret will die Initiative, dass nicht mehr als ein kantonal Angestellter auf 85 Einwohnerinnen und Einwohner angestellt sein soll. Die Zahl der staatlichen Stellen in der Verwaltung des Kantons Solothurn wächst, wie in vielen Kantonen und auch beim Bund, überproportional. Von 2010 bis 2020 erhöhte sich der Stellenbestand des Solothurner Staatspersonals von 2864 auf 3344 Vollzeitstellen, am 31. 12. 2022, waren es sogar 3464 Stellen. Allein in den letzten zwei Jahren wurden wiederum 120 zusätzliche Stellen beim Kanton geschaffen. Das Stellenwachstum ist doppelt so hoch wie dasjenige der Bevölkerung.

Mass halten ist notwendig

Die Leichtigkeit, mit welcher in den letzten zehn Tagen Unterschriften gesammelt werden konnten zeigt, wie notwendig Mass zu halten ist und die Schaffung neuer Stellen am Bevölkerungswach-

tum auszurichten sind. Der Kampf gegen die Aufblähung unserer kantonalen Verwaltung ist ein urfreisinniges Anliegen.

Eine professionelle, effiziente und bürgernahe Verwaltung liegt uns Freisinnigen am Herzen und war lange Zeit das Markenzeichen des Kantons Solothurn. Neue Stellen schaffen aber stets weitere Begehrlichkeiten innerhalb der Verwaltung mit entsprechenden Folgekosten für Bürgerinnen und Bürger. Es wird mehr geregelt, verordnet und einverlangt. Und der administrative Mehraufwand für Wirtschaft, Gewerbe und Gemeinden steigt von Jahr zu Jahr.

Unser Anliegen

Das 1:85 Anliegen der FDP richtet sich nicht gegen das Staatspersonal. Im Fokus unserer Initiative steht vielmehr die Frage, was soll der Staat leisten und leisten können? Ist immer «mehr» der richtige Weg? Wir sind der Meinung, es braucht für Regierungs- und Kantonsrat einen klaren Rahmen. Dem Kantonsrat fehlt mit den Globalbudgets ein griffiges Instrument, um das Stellenwachstum zu bremsen und Prioritäten zu setzen. Unbedarft werden immer neue Aufgaben an den Regierungsrat überwiesen und in den jeweiligen Budgetdebatten ist Mass halten ein Fremdwort. Im Regierungsrat geht's leider zu oft um departementale Anliegen und weniger um den Kanton als Ganzes. Und die

«Staatstragend heisst, das grosse Ganze im Auge zu behalten und unserem Kind, dem liberalen Rechtsstaat, seinen Institutionen und Behörden Sorge zu tragen.»

meisten politischen Parteien entwickeln sich je länger, je mehr zu Klientelwirtschaften mit dem alleinigen Ziel, möglichst viel für einzelne Interessen- oder Berufsgruppen herauszuholen. Das Staatswesen als Ganzes bleibt auf der Strecke. Dabei ist der Staat für unser Gemeinwohl enorm wichtig. Wir müssen ihn fit und fähig halten, und statt auf Quantität vor allem auf Qualität setzen, und an der Kompetenz unseres Staatspersonals arbeiten.

Was bedeutet Staatstragend?

Wir Freisinnigen müssen uns einen Vorwurf gefallen lassen. Als Volksbewegung, die diesen Staat geschaffen hat, sind und waren wir in letzter Zeit oft zu nachgiebig, zu wenig aufmerksam und kämpferisch. Staatstragend heisst nicht, alles gut finden und abnicken. Staatstragend heisst, das grosse Ganze im Auge zu behalten und unserem Kind, dem liberalen Rechtsstaat, seinen Institutionen und Behörden Sorge zu tragen. Oder um es mit einer modernisierten Weisheit aus dem Alten Testament zu sagen «Wer als Eltern seiner Verantwortung für sein Kind nicht nachkommt, schadet ihm; wer es liebt, versucht es zu erziehen.»

Knochenarbeit

Es ist unsere Aufgabe als Freisinnige, uns um unseren Staat zu kümmern, uns mit ihm auseinanderzusetzen, auf seine Schwächen hinzuweisen und wo nötig korrigierend einzugreifen. Um unseren Kanton längerfristig gesund, leistungsfähig und stark zu halten, dürfen wir unseren Staat und seine Verwaltung nicht weiter aufblähen und mit stets neuen Aufgaben belasten. Wir müssen Prioritäten setzen, kreativ sein, Verantwortung übernehmen und Bisheriges hinterfragen. Oder, um bei der Metapher der Pädagogik zu bleiben, fordern und fördern mit Kopf, Herz und Hand. Das ist mühsame, politische Knochenarbeit. Also, Ärmel hoch, zusammen packen wir das an.

Stefan Nünlist,
Präsident FDP des Kantons Solothurn

«Der Kampf gegen die Aufblähung unserer kantonalen Verwaltung ist ein urfreisinniges Anliegen.»

Neuigkeiten von den Jungfreisinnigen

Mehr Freiheit. Weniger Staat.

Junge Liberale brauchen eine Plattform. Wir kleben uns nicht an Strassen und besetzen auch keine Schulen – umso wichtiger ist der Jungfreisinn als aktive und bekannte Partei, damit die Anliegen der Jungen gehört werden. Genau diese Motivation hat mich 5 Jahre lang als Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn angetrieben. Wir haben unsere Mitgliederzahl in dieser Zeit vervierfacht, unsere digitale und analoge Medienpräsenz stark vergrössert und stellen den zentralen Nachwuchs der FDP. Nach diesen 5 erfolg- und lehrreichen Jahren durfte ich das Zepter nun an meine lang-

jährige Kollegin und Geschäftspartnerin Melanie Racine weitergeben. Ich selbst engagiere mich weiterhin für den klassisch-liberalen Geist im Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz und international an den Kongressen der liberalen Jungparteien in Europa und weltweit als International Officer. Ich freue mich auf alles, was kommt und danke allen meinen Wegbegleitern für alles, was war. Eines ist klar, ihr hört weiterhin von uns.

Philipp Eng,
Alt-Präsident Jungfreisinnige SO



Neu konstituierter Vorstand



Obere Reihe, v. l.: Samuel Dürr, Misra Canbaz, Roman Schöll

Untere Reihe, v. l.: Gina Rizzoli, Matthias Scheidegger, Melanie Racine, Emrecan Deger

Seit unserer Generalversammlung im April 2023 erfreut sich der Vorstand über frischen Wind. Die neugewählte Präsidentin Melanie Racine und Vizepräsident Matthias Scheidegger dürfen sich über folgende Kräfte im Vorstand freuen:

- **Misra Canbaz**, Social Media und Events
- **Gina Rizzoli**, Events und Neumitgliederakquise
- **Emrecan Deger**, Webseite und Neumitgliederakquise
- **Roman Schöll**, Kommunikation und Medien
- **Samuel Dürr**, Kassier

Wir danken unserem langjährigen Präsidenten Philipp Eng für seine Leistung und seinen tagtäglichen Einsatz für unsere Werte. Er hinterlässt uns eine solide und sauber geführte Partei, die wir mit grosser Motivation weiterführen.

Renteninitiative: Was läuft aktuell und wofür kämpfen wir?

Der Nationalrat befasst sich an der Sommersession mit unserer Initiative. Wir gehen davon aus, dass diese – wie im Ständerat – ohne Gegenvorschlag abgelehnt wird. Die Initiative wird voraussichtlich nächstes Jahr zur Abstimmung kommen.

Wir kämpfen weiterhin, damit unsere AHV nicht mit Übergangslösungen, sondern mit echten Kompromissen nachhaltig saniert wird. Unsere Renteninitiative schafft mit der Kopplung des Rentenein-

trittsalters an die Lebenserwartung eine langlebige Lösung. Nebst dessen wird das Rentenalter bis zum Jahr 2032 schrittweise auf 66 Jahre für beide Geschlechter erhöht. Eine moderate Erhöhung beim Blick auf verschiedene Staaten in Europa.

Auch Vorruhestände für einige Sektoren – wie man es heute bereits kennt – sind weiterhin möglich. Hier sind die Sozialpartner in der Pflicht, entsprechende Lösungen auszuhandeln.

Am 29. Juni 2023 findet im Raum Solothurn ein Event zur Renteninitiative statt. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen, beizuwohnen.

Jetzt unsere Initiative unterstützen und Teil der Bewegung werden:

www.renten-sichern.ch/mitmachen

Bild: Michel Lüthy, bilderwertf.ch



Remo Ankli

Ein Ständerat für alle Solothurnerinnen und Solothurner

Am 22. Oktober 2023 wählen wir das nationale Parlament neu. Mit Regierungsrat Remo Ankli stellt sich ein erfahrener Politiker zur Wahl um einen Sitz im Ständerat.

Ein Ständerat repräsentiert seinen Kanton und alle Bewohnerinnen und Bewohner. Als ehemaliger Gemeindepräsident von Beinwil, Kantonsrat, sowie langjähriger Regierungsrat und Bildungsdirektor ist Remo Ankli mit unserem Kanton und den Menschen bestens vertraut. Er kann zuhören, ent-

scheiden und in einem Gremium Lösungen finden, ohne das grosse Ganze aus dem Auge zu verlieren.

Remo Ankli bringt die idealen Voraussetzungen mit, um sowohl die Interessen unseres Kantons und seiner Bevölkerung, wie auch die Anliegen der Kantone im Allgemeinen im Ständerat einzu-

Co-Präsidium Komitee

«Remo Ankli in den Ständerat»

- Rolf Büttiker, ehem. Ständerat
- Christine Davatz, Mitglied Fachhochschulrat FHNW
- Verena Enzler, ehem. Präsidentin Synodalrat ev.-ref. Kirche
- Kurt Fluri, Nationalrat
- Heinz Frei, Paralympics-Legende
- Esther Gassler, ehem. Regierungsrätin
- Ruth Gisi, ehem. Regierungsrätin
- Barbara Junker, Kulturschaffende
- Stefan Nünlist, Parteipräsident FDP, Kantonsrat
- François Scheidegger, Stadtpräsident
- Christoph Schwager, Theaterschaffender
- Christian Wanner, ehem. Regierungsrat

bringen. Als bestgewählter Regierungsrat der letzten und vorletzten Wahlen geniesst er überparteilich das Vertrauen der Solothurnerinnen und Solothurner. Die Chancen stehen gut, dass er auch im kommenden Oktober die Mehrheit der Solothurner Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen kann.

Das Co-Präsidium des Komitees «Remo Ankli in den Ständerat» steht mit Überzeugung hinter Remo Ankli's Kandidatur. Schliessen Sie sich jetzt dem Komitee an, um ihn zu unterstützen.



Hier online anmelden!
www.remoankli.ch/komitee

Aus dem Kantonsrat

Wechsel in der Amtei Bucheggberg-Wasseramt

Per Ende April ist Martin Flury aus dem Kantonsrat zurückgetreten, für ihn ist Sabrina Weisskopf nachgerückt.

Rücktritt

Martin Flury, Meisterlandwirt aus Deitingen war von 2013 bis 2023 im Kantonsrat vertreten. Er war ursprünglich bei der BDP, hat dann aber 2019 in die FDP Fraktion gewechselt. Er war zuletzt Mitglied in der UMBAWIKO und war insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, Raumplanung und erneuerbare Energien eine kompetente Ansprech-

person. Er wurde Anfang Jahr als Präsident der Schweizer Zuckerrübenpflanzer gewählt und hat darum seine Demission eingereicht.

Neue Kantonsrätin

Mit Sabrina Weisskopf, selbständige Rechtsanwältin aus Biberist, rückt eine engagierte Freisinnige in den Kantonsrat nach. Sie ist Gemeinderätin in Biberist, Stiftungsrätin der Stiftung Schmelzi und seit Anfang 2022 Vizepräsidentin der FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn. Mit Sabrina Weisskopf wurde der Frauenanteil in der FDP Fraktion nun



Martin Flury



Sabrina Weisskopf

auf 4 erhöht, was einer Verdoppelung seit Anfang Legislatur entspricht.

Franziska Hochstrasser,
 Parteisekretärin

Zeit für eine Wende

Kolumne

Zuerst lehnt er die vom Bundesrat per Notrecht verordnete Zwangsheirat der UBS mit der Crédit Suisse ab, dann leitet er mit einer völlig vom Zaun gebrochenen Taiwan-Motion eine fragwürdige neue Chinapolitik ein und schliesslich soll der 12. September neben dem 1. August ein zusätzlicher Bundesfeiertag werden. Was ist los mit dem Nationalrat? Ist er von allen guten Geistern verlassen?

Hauptakteure dieses blamablen parlamentarischen Schauspiels sind vor allem die SVP und die Linke (SP und Grüne). Unterstützt werden sie da-



«Was ist los mit dem Nationalrat? Ist er von allen guten Geistern verlassen?»

bei häufig von der Einmal-so-einmal-so-Partei der Mitte. Nach den Ideen der SVP sollte in der Schweiz inskünftig keine Grossbank mehr ihren Sitz haben. Das tönt nach einer Tante Emmal deli-Politik, jedenfalls keine dem Fortschritt verpflichtete. Bei der SP gibt es ähnliche Forderungen. Das Bankengesetz soll so angepasst werden, dass sich die UBS schrittweise redimensionieren muss. So sollte nach den linken Vorstellungen offensichtlich nicht nur die Armee, sondern auch der Finanzplatz Schweiz abgeschafft werden.

Sergio Ermotti hat es in einem Zeitungsinterview auf den Punkt gebracht: Gefragt sind jetzt Fakten, nicht Emotionen oder Nostalgie. Wie das Parlament über die Bankenaff re debattiert habe, sei gefährlich für die Glaubwürdigkeit, für den Bundesrat, die Behörden und die Schweiz. Dem beizufügen wäre nur noch, dass dabei auch zwei Solothurner als selbst ernannte Bankfachm nner keine gute Figur gemacht haben. Christian Imark

von der SVP wollte Bundesrätin Keller-Sutter unterstellen, dass sie mit Notrecht «immer wieder verfassungsrechtliche Grundsätze» ausheble. Penibel für ihn: die Verfassung regelt klar, wann und wie der Bundesrat Notrecht anwenden darf. So einfach wie das politische Verständnis von Christian Imark ist es eben nicht immer. Als der Ständerat mit einem Kompromissvorschlag dem Nationalrat eine Brücke bauen wollte, erklärte der Grüne Felix Wettstein stur, wenn man jetzt dem Ständerat zustimme «enttäuschen wir die Öffentlichkeit.» Wettstein hat damit allerdings nur einmal mehr selber enttäuscht.

Es ist Wahljahr und mit ihren Voten und Begehren wollen Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei den Wählerinnen und Wählern punkten. Aber hält man diese tatsächlich für so bl d, dass sie für das Polittheater, dass der Nationalrat derzeit liefert, noch Beifall spenden? Olaf Scholz sprach nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine von einer «Zeitenwende». Im Herbst wäre es Zeit für eine Wende.

Urs Marti, Langendorf

Wechsel in den Ortsparteien

Grenchen

Craig von Schulthess (neu) für Daniel Wyss

Neuendorf

Andreas Rocca (neu) für Hanspeter Egli und Gabriela Gaugler

Rickenbach

Urban Kiefer (neu) für J rg Aebi

Selzach

Christoph Scholl (interimistisch) für Melanie Schaad

Wir danken den zurückgetretenen Ortsparteipr sidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Wechsel im Kantonsrat

Wasseramt

Sabrina Weisskopf (neu) für Martin Flury

AGENDA

Montag, 26. Juni

19.30 Uhr: Supporter Club, Parlamentariergespr ch, Airport Grenchen

Freitag, 30. Juni

16 Uhr: FDP Frauen SO: Sommeranlass, Solothurn

Dienstag, 8. August

19 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung, Giessi Derendingen

Donnerstag, 17. August

15 Uhr: Jahreszusammenkunft Vereinigung freisinnig-jungliberaler alt Kantonsrätinnen und alt Kantonsräte

Samstag, 2. September

10 Uhr: FDP Schweiz: Parteitag/Tag der FDP, Fribourg

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

300 Jungfreisinnige trafen sich in St. Gallen. Fotos: Marc Bühler



Am Kongress in St. Gallen fassten die Delegierten der Jungpartei die Parolen für die nächsten Abstimmungen und wählten neue Vorstandsmitglieder. Im Nachgang der CS-Rettung konnten sich die Jungfreisinnigen mit klaren Forderungen positionieren.

Mit dem jährlichen Kongress fand das Highlight der jungfreisinnigen Agenda dieses Jahr in St. Gallen statt. Die zahlreichen Jungfreisinnigen dürfen hochkarätige Gäste wie alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Bundesrätin Karin Keller-Sutter und die neue Weko-Präsidentin Laura Melusine-Baudenbacher begrüßen. Das reichhaltige Programm lockte insgesamt über 300 Mitglieder in die Olma-Hallen. Neben den interessanten Diskussionen fassten die Jungfreisinnigen die Parolen zu den drei Abstimmungsvorlagen, die am 18. Juni an die Urne kommen: Ja zur OECD-Mindestbesteuerung, Ja zum Covid-Gesetz und Stimmfreigabe für das Klimagesetz.

Neue Vorstandsmitglieder

Die Delegierten verabschiedeten ausserdem die Vizepräsidenten Jill Nussbaumer (ZG) und Alec von Barnekow. Als Nachfolger wurden Jonas Lüthy (BS) und Daniel Mitric (TI) gewählt. Tobias Frehner (BE) ist als Medien- und Onlineverantwortlicher neues Mitglied des nationalen Vorstandes. Mit dem Debakel rund um die CS-Übernahme Ende März wurde der neu zusammengesetzte Vorstand erstmals richtig aktiv. Die Jungfreisinni-

gen haben sich sofort positioniert und Massnahmen gefordert. An einer viel beachteten Medienkonferenz präsentierten die Jungfreisinnigen ihre Forderungen und kündigten an, eine Managerverantwortungsinitiative zu lancieren, falls keine effektiven Regulierungen zustande kommen.

Einprägsame Slogans

Parallel dazu haben die Jungfreisinnigen ihre Wahlkampagne für die eidgenössischen Wahlen im Oktober gestartet. Besonders Wert wird auf eine starke Präsenz in den sozialen Medien gelegt. Mehr Sichtbarkeit soll die Wählerinnen und Wähler überzeugen. Dafür setzen die Jungfreisinnigen auf den bewährten Slogan «Mehr Freiheit. Weniger Staat» und variieren ihn mit «Mehr Verantwortung. Weniger Bevormundung» und «Mehr blau. Weniger rot».

Weiter aktuell bleibt die Renteninitiative, die in der Sommersession behandelt wird. Die Jungfreisinnigen sind gespannt auf die Debatte im Nationalrat und wollen weiterhin aufzeigen, wie wichtig sichere Renten für kommende Generationen sind.

Gabrielle De Simone,
Generalsekretärin Jungfreisinnige Schweiz



Alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz war zu Gast.



Parolenfassungen für den 18. Juni.



Gabrielle De Simone ist neue Generalsekretärin der Jungfreisinnigen.



Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, im Gespräch mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter.



Der Kampf für die Renteninitiative geht weiter.

Unsere Prioritäten für eine starke Schweiz

Wahlkampfthemen der FDP

In den letzten Jahren haben mehrere Krisen die Schweiz erschüttert. Wir wurden dramatisch daran erinnert, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig gilt es zahlreiche Reformen anzupacken, um die Schweiz finanzpolitisch wieder auf Kurs zu bringen. Die Schweiz braucht dringend mehr Realitätssinn statt Wunschdenken. Nur so ist es möglich, dass auch noch unsere Enkelkinder in Freiheit und Wohlstand leben.



Wirtschaft stärken, Wohlstand sichern

Die FDP kämpft für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die ermöglichen. Wir stehen für einen freien, weltweiten und wettbewerbsorientierten Markt ein, der Leistung belohnt. Der Staat beschränkt sich auf die Schaffung gleich langer Spiesse, ermöglicht den Zugang zu internationalen Märkten und sorgt für Rechtssicherheit. Staatliche Eingriffe sind zu vermeiden.

Zur Freiheit gehört Verantwortung

Die FDP erwartet dafür von Unternehmen eine umsichtige Führung – zur Freiheit gehört Verantwortung. Ein attraktiver Arbeitsplatz und Forschungsstandort ist die beste Garantie für verlässliche Steuereinnahmen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die FDP schützt darum unsere Standortfaktoren vor linken Einschränkungen, vor rechtsnationaler Abschottung und gegen den Druck aus dem Ausland: Wir stehen ein für einen liberalen Arbeitsmarkt, gelebte Sozialpartnerschaft, stete Aus- und Weiterbildungen, tiefe Steuern, leistungsfähige Infrastrukturen und einen funktionierenden Rechtsstaat.

Mehr Infos



Sicherheit stärken, Abhängigkeit reduzieren

Die FDP kämpft für eine umfassende Sicherheit, damit die Schweizerinnen und Schweizer ihren Alltag sorgenfrei leben können. Dazu zählen die innere Sicherheit, wie Verteidigungsfähigkeit, sowie die wirtschaftliche Versorgungssicherheit. Wir stehen zu einer glaubwürdigen, modern ausgerüsteten Milizarmee, die verstärkt mit der NATO kooperiert und sich auf die veränderte Bedrohungslage ausrichtet.

Stromproduktion ausbauen

Der Spielraum der Neutralität soll genutzt werden, ohne deren rechtlichen Kern zu verletzen. Eine verlässliche und bezahlbare Energie- und Stromversorgung hat für die FDP Priorität. Gerade darum gilt es, die unerlässliche Dekarbonisierung mit realistischen Annahmen und marktwirtschaftlichen Instrumenten voranzutreiben. Gleichzeitig führt kein Weg an einem massiven und raschen Ausbau der Stromproduktion vorbei.

Mehr Infos



Altersvorsorge sichern und Prämienexplosion vermeiden

Die FDP kämpft für sichere Renten und mehr Generationengerechtigkeit. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll eine faire Rente erhalten. Heute, aber auch noch morgen. Wir wollen Reformblockaden durchbrechen, denn der Stillstand von heute ist der Rentenabbau von morgen. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen weist in die richtige Richtung. Wir stehen für eine Modernisierung der Altersvorsorge, ein flexibles Rentenalter und vor allem für das bewährte 3-Säulen-System.

Eigenverantwortung stärken

Immer mehr Umverteilung führt in eine sozialistische Sackgasse. In der hochreglementierten Gesundheitspolitik gilt es, die Eigenverantwortung gezielt zu stärken und weiteren Verstaatlichungen mutig entgegenzutreten. Die FDP steht zur Wahlfreiheit für Patientinnen und Patienten, will Fehlanreize konsequent reduzieren und Qualitätswettbewerb fördern. Die Digitalisierung trägt dazu bei, dass mehr Zeit für Menschen statt für Administratives zur Verfügung steht.

Mehr Infos





Wir wollen Anpackerinnen und Anpacker

Mitmach-Kampagne der FDP



QR-Code scannen und Testimonial bestellen.

Unser Slogan «Wir machen die Schweiz stark» trifft nicht nur auf unsere Bundesräte, unsere Kantonsrätinnen oder Schulpfleger zu. Das Motto passt zu allen Freisinnigen! Denn alle, die täglich anpacken und ihr Bestes geben, leisten für unser Land ein wertvolles Engagement. Gemeinsinn, der die Schweiz stark macht. Deshalb stehen unsere Mitglieder im Zentrum unserer Mitmachkampagne.

Die FDP lädt alle Sympathisantinnen und Mitglieder ein, anzupacken und sich an unserer Mitmachkampagne «So mache ich die Schweiz stark» zu beteiligen. Ziel ist, mit der Bevölkerung unaufgeregt, aber selbstbewusst und stolz in Erinnerung zu rufen, wie Freisinnige von Arbon über Bulle und Chiasso bis nach Zernez durch ihr tagtägliches Engagement einen Beitrag für die Allgemeinheit leisten. Ziel ist es, aufzuzeigen, dass jeder auch so kleine Einsatz wertvoll und wichtig ist – und unsere Schweiz stark macht.

Freisinnige Vielfalt

Mit dieser Mitmachkampagne unterstreichen wir auch, wie, wo und in welcher Vielfalt Freisinnige Verantwortung übernehmen. Wir zeigen über unser Tun, wer wir sind und für was wir stehen. So wird unser Motto durch die Mitglieder zum Leben erweckt, mit Emotionen und Ideen gespickt und bei den Stimmberechtigten bekannt. Unsere Sympathisantinnen und Mitglieder sind damit ein unver-

zichtbarer Mosaikstein in der Wahlkampagne! Sie machen damit unsere Wahlkampagne erst authentisch und erfolgreich.

So wirst du Anpackerin oder Anpacker

Wir benötigen lediglich ein Bild, den Namen und das Engagement. Idealerweise zeigt das Bild, wie du «anpackst». Egal, ob das im Musikverein, in der Familie, im Beruf oder in der Politik ist. Egal, ob du gerade Blut spendest, hinter dem PC sitzt oder mit deiner betagten Mutter am See spazierst.

Was passiert nach der Bestellung?

Unmittelbar nichts. In der etwas ruhigeren Sommerzeit erstellt das Wahlkampfteam des Generalsekretariats die Testimonials und stellt dir dein persönliches Testimonial zu. Ab dann kann man diese frei verwenden.

Wann läuft die Kampagne?

Die Testimonial-Kampagne beginnt ca. Mitte Juli.

Ziel ist es, dass wir um den Nationalfeiertag am 1. August in einigen Kanälen präsent sind. Höhepunkt unserer Kampagne ist der Tag der FDP am 2. September. Im Vorfeld dieses grossen, freisinnigen Festes wollen wir Präsenz markieren. Auch am Tag der FDP selbst werden die eingereichten Testimonials in Szene gesetzt.

Wo wird Dein Testimonial verwendet?

Das Wichtigste und Wertvollste sind Postings in den eigenen sozialen Kanälen und Netzwerken. Ich-Botschaften machen unsere Kampagne stark und lebendig. Die FDP Schweiz wird die Bilder hauptsächlich am Tag der FDP am 2. September nutzen, um die Vielfalt und das beeindruckende Engagement aufzuzeigen. Zusätzlich machen die FDP Schweiz und die Kantonalparteien punktuell Repostings der persönlichen Beiträge auf Facebook, Instagram und Twitter. Dazu ist es wichtig, dass die Posts öffentlich sind.

Tipps für einen gelungenen Testimonial-Post

Instagram: Tags: @fdp_schweiz und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken
Testimonial als öffentliche Story posten

Facebook: Tags: @fdp.dieliberalen und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken

Twitter: Tags: @FDP_Liberalen und #somacheichdieschweizstark
Kantonalpartei verlinken

Whatsapp / Threema / Signal etc.
Testimonials an Kontakte senden
Whatsapp-Status-Stories posten

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter sind überzeugt, dass auch in der zweiten Jahreshälfte noch viele Herausforderungen auf sie warten. Fotos: EDA



«Von selbst entsteht kein Erfolgsmodell»

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis im Doppelinterview

Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis betonen die Bedeutung der Bundesverfassung für die moderne Schweiz, die veränderte Arbeit eines Mitgliedes des Bundesrats und ihre Erinnerungen an vergangene Wahlkämpfe.

Wir feiern dieses Jahr 175 Jahre Bundesverfassung. Was bedeutet das Jubiläum für Sie?

Ignazio Cassis: Sehr viel! Die Bundesverfassung hat die Schweiz von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat gemacht. Damit wurde unser Zusammenhalt neu konzipiert und wir mussten eine neue Identität entwickeln. Seit 175 Jahren arbeiten wir daran: heute noch!

Karin Keller-Sutter: Mich fasziniert, wie die Bundesverfassung geschaffen wurde. Es gab da einen historischen Moment, ein «window of opportunity», wie man heute sagen würde – und die Mitglieder der Revisionskommission haben dieses genutzt. Dieser Tatkraft verdanken wir die älteste Demokratie Europas. Wir können nicht genügend dankbar sein.

Lässt sich die Arbeit der ersten Bundesräte mit Ihrer Arbeit als Bundesrat heute vergleichen? Gibt es etwas Besonderes, das gleichgeblieben ist?

Ignazio Cassis: Damals wie heute ist es für uns Bundesräte ein grosses Privileg, unserem Land eine Identität zu verleihen und unsere Zukunft zu ermöglichen. Inhaltlich sind die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft wohl kaum vergleichbar mit damals: Komplexität und Geschwindigkeit haben zugenommen. Das Departement des ersten Aussenministers Jonas Furrer umfasste nur ihn und einen Sekretär: heute arbeiten für das EDA fast 5500 Angestellte auf der ganzen Welt.

Karin Keller-Sutter: Diese neue Geschwindigkeit, die Ignazio hier beschreibt, ist Segen und Fluch zugleich. Segen, weil es heute viel einfacher ist, sich

auszutauschen und verschiedene Positionen an einen Tisch zu bringen – und sei dieser auch nur virtuell. Fluch, weil die Gefahr besteht, ob aller Geschwindigkeit die Gründlichkeit zu vernachlässigen. Als Bundesrätin muss man aber stets fokussiert sein.

Haben Sie als St. Gallerin beziehungsweise als Tessiner einen unterschiedlichen Bezug zu unseren Institutionen?

Karin Keller-Sutter: Man sollte nicht generalisieren, aber Ostschweizerinnen und Ostschweizer setzen stark auf Eigenverantwortung. Der Staat als allumsorgende Institution, die jede Delle glättet und jedes Problem für die Bürgerinnen und Bürger löst, ist ihnen fremd – und in gewisser Weise gar suspekt. Was man selber machen kann, das macht man selber. Und man trägt dann auch die Verantwortung. In diesen Tugenden erkenne ich mich als Person und als Freisinnige gut wieder.

Ignazio Cassis: Für die Tessiner und die italienisch-sprachige Bündner ist Bern sehr weit weg, sowohl geografisch – auf der anderen Seite der

Alpen – wie sprachlich. Und da die Sprache Ausdruck einer Kultur ist, gehören wir halt zu einem anderen Kulturraum. Das gilt auch für die politische Kultur. Diesen vier Sprachgemeinschaften eine gemeinsame Identität zu geben, war eben einer der Uraufgabe des neuen Bundesstaates im Jahr 1848. Dies geschieht unter anderem durch Institutionen wie den Bundesrat.

Vor 175 Jahren wurde der Grundstein für das Erfolgsmodell Schweiz gelegt. Was braucht es, damit dieses Erfolgsmodell auch in Zukunft Bestand hat?

Ignazio Cassis: Wir müssen es wollen. Von selbst entsteht kein Erfolgsmodell. Wir haben den Bundesstaat gegründet, um Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit zu wahren und Wohlfahrt für uns und die künftigen Generationen herzustellen. Neben dem Recht der Freiheit steht die Pflicht zur Verantwortung. Somit entsteht das Erfolgsmodell, im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung unserer Vielfalt in der Einheit zu leben. Einen guten Weg dazu zeigen die Grundwerte der FDP: Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Verantwortung.

Karin Keller-Sutter: Das sehe ich sehr ähnlich. Die Verfassung hat uns Freiheit gesichert und jedem von uns auch Verantwortung gegeben. Diese Werte müssen wir beibehalten. Ich sehe – nicht erst seit der Corona-Pandemie, aber seither besonders – die Tendenz, dass Freiheit mit Sorglosigkeit oder Verantwortungslosigkeit gleichgesetzt wird. Der Staat soll alles richten. Hier müssen wir wachsam sein.

Welche Rolle kann die FDP hierbei spielen?

Karin Keller-Sutter: Die FDP trägt Freiheit und Verantwortung in ihren Genen. Die Partei tut dem Land den grössten Dienst, wenn sie zu ihren Überzeugungen steht. Auch wenn das gelegentlich unbequem ist.

Ignazio Cassis: Nach der Aufklärung haben die Freisinnigen die westlichen liberalen Demokratien gegründet. Mit dem Wohlstand vergisst man aber schnell, warum es uns gut geht. Das Engagement lässt nach. Dennoch sehe ich heute sehr motivierte Jungfreisinnige und tausende von engagierten Freisinnigen in Gemeinden und Kantonen. Das macht Freude! Und motiviert Karin und mich im Bundesrat wie auch Thierry als Präsi-

dent und Damien als Fraktionschef. Die FDP muss wieder mehr als Rückgrat unseres Landes anerkannt werden.

Im Oktober finden die eidgenössischen Wahlen statt. Sie haben beide mehrere Wahlkämpfe bestritten. Was ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Ignazio Cassis: Ich habe mich immer gefreut, zusammen mit den Jungfreisinnigen Wahlkampf zu machen. Ich verfolge ihre Karrieren noch heute. Mit Ihnen zusammen machte Wahlkampf Freude.

Karin Keller-Sutter: Ich hatte immer Freude am Wahlkampf. Ich erinnere mich gern an die Wahlkämpfe als Regierungsrätin oder Ständerätin in meinem Kanton. An den Veranstaltungen im Säli eines Restaurants wird debattiert, man muss argumentieren und Red und Antwort stehen. Ich habe dabei sehr viel gelernt.



Die freisinnigen Bundesräte freuen sich auf Zeit mit Freunden und Familie während der Sommerpause.

«Bei Wahlkämpfen habe ich viel gelernt.»

Karin Keller-Sutter

Sie haben beide ein intensives Halbjahr hinter sich. Was erwarten Sie für die zweite Jahreshälfte? Worauf freuen Sie sich?

Ignazio Cassis: Wie üblich wird vor den Wahlen das mediale Klima noch aufgeheizter als sonst. Die zunehmende Polarisierung der Politik und der Lärm in den Sozialen Medien werden die Unruhe noch steigen lassen. Es gilt für uns, innere Ruhe und kühlen Kopf zu bewahren. Im UNO-Sicherheitsrat – wo wir aktuell tätig sind – übernehmen wir Verantwortung in einer Welt, die immer weniger global, weniger demokratisch und weniger westlich wird. Mit der EU will der Bundesrat klare und stabile Beziehungen pflegen: es geht um Handel, Stromversorgung, Forschung, Pandemiebekämpfung und schliesslich auch Sicherheit. Der Krieg in der Ukraine dauert leider an. Langweilig wird es uns nicht.

Karin Keller-Sutter: Wenn ich ehrlich bin, Ignazio, wäre ich ganz froh, es würde zur Abwechslung einmal etwas langweiliger. Im Grunde sind die Welt und die Schweiz ja seit 2020 im Dauerkrisen-Modus, ich selber habe das im ersten Halbjahr 2023 ja besonders zu spüren bekommen. Vermutlich trifft Deine Einschätzung also auch auf mich zu: Es wird nicht langweilig werden.

Bald beginnt die traditionelle Sommerpause der Politik. Wie verbringen Sie diese etwas ruhigere Zeit?

Karin Keller-Sutter: Ich hoffe, dass ich verreisen kann. Wer führt, muss auch sich selber führen. Dazu gehört ein gelegentlicher Tapetenwechsel. Und man muss die Gelegenheit schaffen, um wieder aufzutanken zu können. In den Ferien lese ich gerne: ernsthafte Bücher, aber auch Krimis. Sehr wichtig ist mir auch in der Sommerpause Zeit mit Freunden und der Familie verbringen zu können.

Ignazio Cassis: Ich werde wie Karin auch versuchen, etwas Ruhe zu finden. Zeit für die Familie und die Freunde zu haben, ist mir auch wichtig. Und ich liebe es, den Luganersee zu geniessen.

Interview: Marco Wölfli

FDP

Die Liberalen

**JA zur OECD-
Mindeststeuer**

Damit das Geld in der Schweiz bleibt

Wir machen

die Schweiz stark!

Am 2. Oktober 1984 wurde Elisabeth Kopp als Bundesrätin vereidigt. Fotos: Archiv FDP



Die FDP trauert um alt Bundesrätin Elisabeth Kopp

Die Pionierin der Schweizer Politik ist mit 86 Jahren verstorben

Sie war die erste Frau im Bundesrat: Elisabeth Kopp ist am Karfreitag im Alter von 86 Jahren verstorben. Sie war eine Vorkämpferin für die Gleichstellung von Frau und Mann und prägte die Migrationspolitik der Schweiz wesentlich mit. Die FDP spricht der Familie und den Angehörigen ihr tief empfundenes Beileid aus.

Die Nachricht vom Hinschied von alt Bundesrätin Elisabeth Kopp hat uns alle betroffen gemacht. Die Schweiz verliert mit ihr eine Politikerin, die sich stets mit grossem Engagement und Herzblut für die liberale Sache eingesetzt hat. Elisabeth Kopp begann ihre politische Laufbahn 1970 im Gemeinderat von Zumikon ZH. Bereits zwei Jahre später avancierte die Juristin zur Erziehungsrätin des Kantons Zürich, bevor sie 1974 Gemeindepräsidentin von Zumikon wurde. 1979 startete Elisabeth Kopp ihre Karriere im Nationalrat und wurde 1984 zur ersten Frau im Bundesrat gewählt und übernahm das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Kämpferin für die Gleichberechtigung

Elisabeth Kopp war eine Pionierin der Gleichstellung und setzte sich zeitlebens für die Gleichstellung von Frau und Mann ein. Sie machte sich für die Einführung des Frauenstimm- und wahlrechts stark. Als Nationalrätin kämpfte sie für den Artikel über die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Bundesverfassung ein. Während ihrer Amtszeit setzte sich die Juristin auch für Massnahmen gegen die Geldwäscherei ein, den Kündigungsschutz im Miet- und Arbeitsvertragsrecht, das Aktienrecht und für den Umweltschutz.

Charismatische Politikerin

Am 2. Oktober 1984 wählte die Vereinigte Bundesversammlung Elisabeth Kopp im ersten Wahlgang mit 124 von 244 Stimmen als erste Frau in den Bundesrat. Die Juristin übernahm vom Zürcher Freisinnigen Rudolf Friedrich das EJPD. Während ihrer Amtszeit gehörte die Flüchtlings- und Ausländerpolitik zu den wichtigsten Themen. Unter ihrer Federführung erhielt die Schweiz ein neues Gesetz, dank dem Asylgesuche rascher behandelt werden konnten. Trotz der fordernden Aufgabe liess sie die nötige Sensibilität für die Menschen und deren Anliegen nie vermissen und rief 1986 das Amt des Delegierten für Flüchtlingswesen ins Leben. 1986 präsentierte sie dem Parlament den Bericht über das Rechtsetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Mann und Frau».

Ihr Amt als Bundesrätin endete am 12. Januar 1989, nachdem sie aufgrund einer Verwaltungsratsaffäre ihres Ehemannes Hans W. Kopp zurückgetreten war. Das Bundesgericht sprach sie im Nachgang von den Vorwürfen der Amtsheimnisverletzung frei. Nach ihrer Amtszeit als Bundesrätin engagierte sich Elisabeth Kopp für verschiedene Anliegen wie den UNO-Beitritt oder die Einführung der Mutterschaftsversicherung.

«Ich war eine junge Frau, als Elisabeth Kopp 1984 in den Bundesrat gewählt wurde. Sie hat mich und viele andere meiner Generation inspiriert. Dafür bin ich Elisabeth Kopp sehr dankbar.»

Regine Sauter, Nationalrätin ZH



Elisabeth Kopp hat zeitlebens mit viel Herzblut politisiert.

175 Jahre Bundesverfassung

Der Autor Thomas Lötscher und sein Buch «Demokratie mit Zukunft».



Der ehemalige Zuger Kantonsrat Thomas Lötscher hat mit «Demokratie mit Zukunft» ein Buch über die Erschaffung der modernen Schweiz geschrieben. Was ihn bei der Recherche beeindruckt hat, was er der FDP rät und was ihn besorgt, erzählt er im Interview.

Was hat Sie bewogen, ein Buch über die Entstehung der modernen Schweiz zu schreiben?

Zum einen stellte ich fest, dass die liberalen Grundwerte, die die Schweiz einst ausmachten, heute nicht mehr gleich stark verankert sind. Immer mehr Regulierungen und Verbote und gleichzeitig fehlender Respekt vor dem Rechtsstaat, Stichwort Klimakleber, machen mir Sorgen. Mit meinem Buch will ich diese Grundwerte in Erinnerung rufen. Dazu kommt, dass die meisten Menschen keinen Bezug zum Jahr 1848 haben. Ich möchte einen niederschwelligen Zugang zu diesen wichtigen Ereignissen bieten.

Welche Rückmeldungen haben Sie zum Buch erhalten?

Viele positive! Besonders gefreut hat mich, dass Leserinnen und Leser das Buch nachbestellt haben, um es weiterzuverschenken. Die breite Streuung dieses elementaren Wissens war auch ein Ziel von mir.

Für die Recherche haben Sie sich vertieft mit den Geschehnissen im Jahr 1848 befasst. Was hat Sie überrascht?

Das Tempo, in dem die Grundlagen für die moderne Schweiz gelegt wurden, hat mich stark beeindruckt. Zumal Pferd und Brief die schnellsten Transport- und Kommunikationsmittel waren. Wenn man bedenkt, dass wir heute für ein kantonales Gesetz zwei Jahre benötigen, ist die Leistung noch höher einzustufen.

Gibt es einen spezifischen Grund, weshalb die liberale Revolution in der Schweiz erfolgreich war?

Eine Stärke war sicher, dass nicht nur eine Person prägend war, sondern mehrere kluge Köpfe. Die Revisionskommission, die die Verfassung erarbeitete, umfasste 23 Kantonsvertreter. Zudem war es entscheidend, dass die wirtschaftliche und staatliche Entwicklung im Gleichschritt erfolgte. Der Fortschritt der Eisenbahn und der Abbau von Zöllen waren wichtige Treiber. Und schliesslich waren auch viel Glück und einige Zufälle ausschlaggebend.

Hilft das diesjährige 175-Jahr-Jubiläum, die Leistungen von 1848 bekannter zu machen?

Als ich 2018 mit meinem Buchprojekt begann, hat-

te ich das Jubiläum überhaupt nicht im Kopf und der Wissenstand über 1848 war gering. Jetzt rücken die Geschehnisse zwar etwas in den Vordergrund, aber es ist kein Vergleich zu 1991, als wir 700 Jahre Eidgenossenschaft feierten. Ich denke, nach dem Jubiläumsvorschwindet das Thema wieder aus dem Bewusstsein, wenn es nicht bewusst gepflegt und in den Schulen vermittelt wird.

Freisinnige haben die Bundesverfassung geprägt. Was kann die FDP heute von ihnen lernen?

Ein Direktvergleich ist schwierig, da die damaligen Freisinnigen extrem heterogen waren und es ganz unterschiedliche Strömungen gab. Heute ist die FDP geschlossener. Nichtsdestotrotz schadet es sicher nicht, wenn sich die FDPler von heute an den Werten von Ulrich Ochsenbein orientieren: Schlanker Staat und Hochhalten des Föderalismus.

Wie lässt sich das konkret umsetzen?

Es ist nicht einfach. Jede Politiker-Generation will gestalten und das heisst meist regulieren. Wir Freisinnige sollten wieder mehr Werbung für unser freiheitliches Erfolgsmodell machen und aufzeigen, welchen Mehrwert eine liberale Schweiz bietet.

«Demokratie mit Zukunft» ist in erster Linie ein Sachbuch, aber es hat fiktionale Einschübe, die auffallen. Was steckt dahinter?

Die kleinen Geschichten dienen dazu, trockene Themen wie Gewerbe- oder Niederlassungsfreiheit anschaulich zu erklären. Zudem war es beim Schreiben eine willkommene Abwechslung zum faktenbasierten Stil des Sachbuchs.

Sie thematisieren auch mögliche Gefahren für Demokratien. Halten Sie die Schweizer Demokratie für gefährdet?

Mir macht Sorgen, dass sich die Menschen nicht mehr engagieren und der Demokratie gegenüber gleichgültig werden. Das würde unserem System schaden. Ich rechne aber nicht damit, dass irgendein «Schnurri» kommt und die Schweiz zu einer Diktatur macht. Dafür sind unsere Institutionen zu gefestigt.

Interview: Marco Wölfli

Thomas Lötscher (Jahrgang 1968) ist Generalsekretär der Finanzdirektion des Kantons Zug. Zuvor war er 14 Jahre Kantonsrat. Das Buch Demokratie mit Zukunft ist im Weber Verlag erschienen und ist im Buchhandel oder direkt bei Thomas Lötscher (t.loetscher@datazug.ch) für 29 Franken plus Versandkosten erhältlich.

Die Sommeression dauert bis am 16. Juni. Foto: Parlamentsdienste



Die Zeit drängt

Sommeression mit drei dringenden Geschäften

Die Bevölkerung wächst, die Menschen werden immer älter und die Wirtschaft verändert sich stark. Dies setzt die Infrastruktur und die Sozialsysteme unter Druck. Löst man diese Probleme heute nicht, dann droht morgen Ungemach.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, aber die Einwohner der Schweiz werden immer älter. Was für den Einzelnen toll ist, hat grosse Konsequenzen für uns alle. Denn je länger wir leben, desto mehr AHV-Rente wird bezogen. In der ersten Säule spart aber nicht jeder für sich selbst, sondern die Kosten werden durch Beiträge von den Menschen, die arbeiten, und über Steuern bezahlt. Es gibt aber immer weniger Menschen, die bezahlen, und immer mehr Rentner, die über eine längere Zeitspanne Geld bekommen. Dies führt in Zukunft dazu, dass die AHV in Schieflage gerät. Ohne Gegenmassnahmen droht Ungemach. Entweder müssen die Steuern erhöht werden oder es fällt Geld für Bildung, Armee oder andere Staatsaufgaben weg. Dies ist beides keine befriedigende Lösung und belastet künftige Generationen.

Die Jungfreisinnigen haben darum eine Volksinitiative lanciert, die das AHV-Alter an die Lebenserwartung koppeln möchte. Dies ist klug, denn wenn wir länger arbeiten, zahlen die Menschen

mehr Beiträge und beziehen kürzer Rente. Dadurch kann das System stabilisiert und an die sich ändernden Gegebenheiten angepasst werden. In der Sommeression kommt diese wichtige Initiative in den Nationalrat. Leider können die anderen Parteien sich aber nicht überwinden, die FDP in dieser wichtigen Frage zu unterstützen. Man scheut sich, den Wählern reinen Wein einzuschenken, und will keinen indirekten Gegenvorschlag erarbeiten. Dieser hätte das bewährte Mittel der Schuldenbremse aufgenommen und diese für die AHV adoptiert. Dass die «bürgerlichen Partner» SVP, die Mitte und die GLP sich hier schwertun, ist eine Schande.

Notwendiger Ausbau im Agglomerationsverkehr

Es wird in der Sommeression aber nicht nur an der Zukunft der Altersvorsorge gearbeitet. Zwei grosse Infrastrukturvorhaben sollen Engpässe bei der Strasse und der Schiene beheben. Bis 2030 sollen auf dem Nationalstrassennetz Erweiterungsprojekte im Umfang von rund 11,6 Milliarden Franken in

«Es gibt aber immer weniger Menschen, die bezahlen, und immer mehr Rentner, die über eine längere Zeitspanne Geld bekommen.»

Angriff genommen werden. Damit soll der Verkehr endlich wieder rollen. Daneben sollen aber auch 1,6 Milliarden in den Agglomerationsverkehr fließen. Es ist klar, dass beide Schritte nötig sind, um den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung nachzukommen. Die Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen funktioniert ohne leistungsfähige Strassen in abgelegenen Gegenden nicht. Die linke und die rechte Ratsseite müssen sich endlich bewusst werden, dass das Auspielen von Strasse gegen Schiene ein Irrweg ist. Es braucht beide Verkehrsträger. Was es hingegen nicht braucht, ist unökologischen und teuren Stau.

Mantelerlass auf der Zielgeraden

Eine weitere Runde dreht der Mantelerlass. Das Gesetzesvorhaben, das die Versorgungssicherheit mit Elektrizität in den kommenden Jahren sichern soll, kommt wieder in den Ständerat. Läuft alles nach Plan, dann ist dieses wichtige Projekt im Herbst beendet und kann so bald wie möglich in Kraft treten. Dank diesem Gesetz kann mit dem Ausbau der vernachlässigten Stromproduktion begonnen werden und die Schweiz ist einen Schritt näher an einer Stromversorgung, die diesen Namen verdient.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

Basel-Stadt mit seiner starken Pharmaindustrie gehört zu den Kantonen, die von der OECD-Mindeststeuer besonders stark betroffen sind. Foto: iStock/Gabriel Brodbeck



Ja zur OECD-Mindeststeuer

Zusätzliche Mittel in der Schweiz behalten

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über die nationale Umsetzung der OECD-Steuerreform ab. Damit sollen internationale Grossunternehmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro künftig zu mindestens 15 Prozent besteuert werden. Setzt die Schweiz diese Mindeststeuer nicht um, dürfen andere Staaten die fehlenden Steuern zu sich holen. Die Ausgangslage ist klar: Nur mit einem Ja behalten wir die zusätzlichen Steuereinnahmen in der Schweiz.

Grosse, internationale Unternehmen unterliegen international künftig einer Mindestbesteuerung von 15 Prozent. Darauf haben sich rund 140 Staaten inklusive der Schweiz in einem Projekt der OECD/G20 geeinigt. Bundesrat, Parlament und die Kantone sind der Meinung, dass dieser Weg gangbar ist und die Nachteile verkraftbar sind. Mit der Reform bezahlen die betroffenen Unternehmen ihre zusätzlichen Steuern in der Schweiz, im Gegenzug werden die Firmen vor Zusatzbesteuerung und Steuerverfahren im Ausland geschützt.

Eine Lösung der Vernunft

Das schweizerische Umsetzungsprojekt ist sowohl positiv wie auch negativ. Es ist eine Vernunftlösung. Die Schweiz hat die Mindestbesteuerung nicht gesucht, und ob damit tatsächlich mehr Steuerfairness erreicht wird, ist längst nicht sicher. Wenn die Schweiz von ihren grossen Firmen mindestens 15 Prozent Gewinnsteuer nach den Vorgaben der OECD verlangt, dann bleiben die Steuereinnahmen in der Schweiz, andere Staaten erhalten kein Besteuerungsrecht. Deshalb ist die Umset-

zung der Mindeststeuer im Interesse der Schweiz. Alle anderen Lösungen würden Steuersubstrat vernichten.

Kritiker behaupten, die Mindestbesteuerung, wie sie vom Parlament beschlossen wurde, sei ungerecht und dass nur wenige wohlhabende Kantone profitieren würden. Das ist falsch: Die Einnahmen aus der Mindeststeuer werden von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden geteilt. 25 Prozent stehen dem Bund zu. 75 Prozent bleiben in den Kantonen, die wiederum ihre Städte und Gemeinden angemessen beteiligen müssen. Zudem werden die Zusatzeinnahmen im Nationalen Finanzausgleich berücksichtigt. So profitieren alle Kantone von Mehreinnahmen.

Von linker Seite kommen auch sachlich falsche Argumente. So unterstellt die SP, die eine Höherbesteuerung von Grosskonzernen stets gefordert hat, dass der Bund nach einem Nein am 18. Juni die exakt gleiche Vorlage noch einmal vors Volk bringt, diesmal mit einem höheren Bundesanteil. Demokratie- wie staatspolitisch wäre das höchst fragwürdig, schliesslich kennt niemand mit Sicherheit die Beweggründe der Stimmenden.

Standort Schweiz weiter stärken

Der Kompromiss, wie er nun vorliegt, beruht auf einer hart erarbeiteten Einigung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden und wurde nach intensiven Beratungen von den eidgenössischen Räten so beschlossen. Ein höherer Bundesanteil ginge zulasten von Kantonen, Städten und Gemeinden. Das könnte dazu führen, dass die Kantone auch eigene Steuererhöhungen umsetzen, deren Erträge nicht geteilt werden. Der Bund ginge leer aus. Eine Neuauflage würde zudem langwierige innenpolitische Verhandlungen erfordern.

Von der Verwendung der Zusatzeinnahmen würden nur Firmen und Reiche profitieren, so das unsachlichste Argument der Kritiker. Fakt ist, dass sich die Schweiz – auch dank einer attraktiven Steuerpolitik – in den letzten 30 Jahren zu einem der weltbesten Wirtschaftsstandorte entwickelt hat mit einer Schere zwischen Arm und Reich, die sich nicht öffnet, sondern schliesst. Die Löhne sind rekordhoch, die Steuerzahlungen der Unternehmen sind stark angestiegen und haben das stetige Wachstum der staatlichen Leistungen etwa im Sozial- und Bildungswesen und dem Service Public massgeblich finanziert. Es ist die Schweizer Bevölkerung, die davon profitiert, dass die Rahmenbedingungen für die Firmen in der Schweiz gut sind. Und diesen Standorterfolg gilt es deshalb unbedingt zu wahren. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer bringt Bund und Kantonen Mittel ein, um die Standortattraktivität der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen. Ein Ja am 18. Juni garantiert, dass die Steuermilliarden aus der Mindestbesteuerung in der Schweiz bleiben. Davon profitieren alle.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



giewerweigerung und Eigeninitiative statt staatlicher Intervention. Darüber hinaus sieht der Gegentwurf zwei Programme vor, die in der Initiative nicht enthalten waren. Mit dem Technologie- und Innovationsprogramm wird die Schweizer Wirtschaft im Strukturwandel unterstützt.

Griffige Massnahmen statt Verbote

Beteiligte Unternehmen erhalten Unterstützungsgelder von insgesamt 1,2 Mrd. Franken. Diese Investitionen stärken den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz. Mit dem Sonderprogramm für den Heizungersatz werden 2 Mrd. Franken zur flächendeckenden Heizungssanierung zur Verfügung gestellt. Das Rahmengesetz ist nicht perfekt, aber es ist pragmatisch. Denn die komplexen Probleme unserer Zeit erfordern pragmatische Lösungen. So können wir unsere Ziele mit einem Gesetz erreichen, das ernsthafte und greifbare Massnahmen vorsieht und gleichzeitig auf eine Verbotspolitik sowie neue Steuern und Abgaben verzichtet. Durch eine flexible Umsetzung schafft das Gesetz Planungssicherheit und lässt gleichzeitig einen erheblichen Handlungsspielraum, insbesondere für Unternehmen. Das Gesetz skizziert tatsächlich den Weg zum Netto-Null-Ziel bis 2050. Die Schweiz hat sich auf internationaler Ebene mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet, das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Die FDP unterstützt diesen Ansatz und sagt deshalb Ja zum Klimagesetz.

Am 18. Juni stimmt die Schweiz über das Klimagesetz ab. Die FDP sagt Ja zu einem guten Kompromiss, weil es unseren Forschungsstandort stärkt, Lösungen bietet und zur Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050 beiträgt.

Das Verdikt in Kreuzlingen war deutlich: Mit 234 Ja zu 51 Nein bei 5 Enthaltungen fassten die Delegierten der FDP Schweiz die Ja-Parole zum Klimagesetz. Das Klimagesetz, über das am 18. Juni abgestimmt wird, ist ein klassisch schweizerischer Kompromiss. Als indirekter Gegenvor-

schlag zur Gletscherinitiative übernimmt das Klimagesetz die Ziele des Volksbegehrens, verzichtet aber auf die weitgehenden Forderungen wie zum Beispiel ein generelles Verbot fossiler Energien. Das Klimagesetz dagegen setzt hauptsächlich auf Anreize statt Verbote, Innovation statt Technolog-

Ruedi Noser, Ständerat ZH



Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir 70% der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy



Die Mitarbeitenden des Generalsekretariats kämpfen täglich gemeinsam für eine liberale Schweiz.
Foto: Alessia Wehrli



Das Generalsekretariat der FDP Schweiz in Bern ist die Drehscheibe der Partei. Hier laufen die Fäden der FDP zusammen, hier läuft der freisinnige Motor auf Hochtouren. Ein Streifzug durch die vielfältigen Leistungen, die das Generalsekretariat erbringt.

Während frühmorgens noch zahlreiche Pendler durch die Berner Neuengasse eilen, hat Generalsekretär Jon Fanzun bereits die erste Telefonkonferenz mit der Parteileitung um Parteipräsident Thierry Burkart hinter sich. Damit die unterschiedlichen Themen und Aufgaben der FDP optimal bespielt werden können, ist ein regelmässiger Austausch zwischen der politischen Leitung der Partei und der operativen Ebene im Generalsekretariat mit seinen 25 Mitarbeitenden unerlässlich.

Vollgas für den Wahlkampf

Während Jon Fanzuns Tage durch Sitzungen, Mails, Telefonate und kurzfristige Entscheidungen durchgetaktet sind, rauscht sein Stellvertreter und Wahlkampfleiter Adrian Michel durch den langen Büro-Korridor. Die Wahlen rücken näher und sein Puls steigt wöchentlich. Was kommt in den nächsten Newsletter für die Kandidierenden? Wo steht die Agentur mit der Gestaltung der Hauswurfsendung? Welche Themen wollen wir in den nächsten Wochen bespielen und worauf muss die FDP mit klaren Positionen reagieren? Diese und unzählige Fragen stellt und beantwortet Michel oft innerhalb

einer Stunde eines durchschnittlichen Arbeitstages. Zusammen mit seinem Team schwört er das ganze Generalsekretariat auf den Wahlkampf ein und orchestriert mit grossem Einsatz und immer unter Strom die FDP-Wahlkampagne. Schliesslich gilt es am 22. Oktober ein hoch gestecktes Ziel zu erreichen: Sitzgewinne in beiden Kammern und die SP als zweitstärkste Partei überholen.

Einsatz für den Abstimmungssieg

Bevor im Oktober der Höhepunkt des Schweizer Polit-Jahres ansteht, finden am 18. Juni die nächsten Abstimmungen statt. Als Campaignerin im Kampagnenteam hat sich Sara Figuera diesen Termin in der Agenda dick angestrichen. Damit eine Abstimmungskampagne ins Rollen kommt, braucht es sorgfältige Vorbereitung und danach heisst es Dranbleiben bis die Abstimmungsurnen schliessen. Sara Figuera, die sich um die Koordination des Abstimmungskampfes in der Romandie kümmert, organisiert Testimonials, schreibt Argumentarien, wertet Umfragen aus und bereitet die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Podien und Medienauftritte vor.

Wissen im Hintergrund

Lange bevor eine Abstimmungsvorlage an die Urne kommt, vertiefen sich die wissenschaftlichen Mitarbeitenden des Fraktionsteams darin. Sie haben den Überblick über die unzähligen Parlamentsgeschäfte und wissen stets welcher Vorstoss sich in welchem parlamentarischen Stadium befindet und welche Themen in den Kommissionen aktuell sind. Geht es um die Themen Gesundheitspolitik, Altersvorsorge und Verkehr ist Matia Demarmels die richtige Ansprechperson im Generalsekretariat. Als Verantwortlicher der Verkehrs- und Fernmeldekommission sowie der Sozial- und Gesundheitskommission kennt sich Demarmels mit den Regulierungen im Gesundheitswesen ebenso aus wie mit den Ausbauplänen für Strasse und Schiene. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter steht er im regen Austausch mit den Fraktionsmitgliedern, bereitet Geschäfte vor und schreibt Vernehmlassungen. Seine Arbeit bleibt meist im Hintergrund und doch braucht es für politische Mehrheiten oft öffentliche Aufmerksamkeit. Verfasst Matia Demarmels beispielsweise eine Fraktionsmotion, soll diese auch mediale Aufmerksamkeit generieren.

Kommunikation auf allen Kanälen

Hierfür arbeitet er Hand in Hand mit Kommunikationschef Arnaud Bonvin zusammen. Gemeinsam formulieren sie eine Medienmitteilung, die die wichtigsten Punkte des Anliegens aufnimmt und möglichst viel Wiederhall in den Medien findet. Längst bespielt die FDP nicht nur die klassischen Medien, sondern auch die breite Palette von Social Media. Dort gilt die Devise: Video first. Arnaud Bonvin schickt also unseren Mediamatiker Jannik Kaiser mit der Kamera ins Bundeshaus. Dort trifft er ein Mitglied der FDP-Fraktion für eine Videoaufnahme zu den Forderungen der Fraktionsmotion, damit das Anliegen auch auf Social Media Gehör findet. Nicht immer verläuft die Arbeit auf dem Generalsekretariat nach klaren Terminen und Plänen.

Oft genug kommt es aber vor, dass die Aktualität alles über den Haufen wirft und Improvisation gefragt ist. Gerade dann kommt die Stärke des Generalsekretariats aber erst recht zum Vorschein. Die Teams greifen wie Räder ineinander und innert kurzer Zeit ist die FDP auf Kurs und besetzt die richtigen Themen mit der richtigen Botschaft.

Marco Wölfli

Neu gewählt

Anne Hiltbold gewann für die FDP den zweiten Regierungssitz im Genfer Staatsrat zurück.



«Ich kenne nur Frauenmehrheiten»

Anne Hiltbold ist neue Genfer Staatsrätin

Bisher war Anne Hiltbold in der Exekutive der Stadt Carouge, neu ist sie Teil der Genfer Kantonsregierung. Im Interview spricht sie über Druck im Vorfeld der Wahl, wieso ihre ruhige Art kein Nachteil ist und welche Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit nötig sind.

Ende April wurden Sie vor drei Bisherigen in den Genfer Staatsrat gewählt. Wie erklären Sie sich diese Glanzwahl?

Die Wahl ist die Folge einer tollen Kampagne zusammen mit der wiedergewählten Staatsrätin Nathalie Fontanet. Wir beide haben uns optimal ergänzt und die Bevölkerung mit konkreten Vorschlägen in Bezug auf die Kaufkraft und spezifisch Eltern angesprochen. Zudem habe ich meine Kampagne in den sozialen Medien mit vielen Kurzvideos zu meinen Ideen und über meine Wahlkampfveranstaltungen geführt.

Erklärtes Ziel der FDP Genf war es, den zweiten Regierungssitz zurückzugewinnen. Haben Sie deshalb Druck verspürt?

Ich spürte einen gewissen Druck, gerade auch weil es viele Kandidierende und im ersten Wahlgang kein Bündnis gab. Ich wäre sehr enttäuscht

gewesen, wenn es aus diesem Grund nicht geklappt hätte.

Worauf freuen Sie sich als Staatsrätin am meisten?

Ich freue mich auf mein Departement, die Bildungsdirektion, aber auch auf die Mitarbeitenden und darauf, Ideen aus dem Wahlkampf in der Praxis umzusetzen.

Im Genfer Staatsrat gibt es neu eine Frauenmehrheit, die Stadtregierung von Carouge, der Sie angehörten, besteht sogar ausschliesslich aus Frauen. Gibt es Unterschiede zu Gremien mit einer Männermehrheit?

Ich bin stolz darauf, Teil einer Frauenmehrheit im Staatsrat zu sein. Da ich in Exekutiven war, die ausschliesslich oder mehrheitlich von Frauen besetzt waren, kenne ich es gar nicht anders. Ich bin überzeugt, dass auch die neue Konstellation des

«Es braucht mehr Bautätigkeit und Verdichtung.»

Staatsrates gut funktionieren wird. Wenn ich dabei mithelfen kann, dass Frauen in Führungspositionen nicht mehr als Ausnahme wahrgenommen werden, umso besser! Ich muss aber auch zugeben, dass eine Veranstaltung der FDP Frauen ausschlaggebend war, mich definitiv für die Kandidatur zu entscheiden.

In den Medien wurden Sie teilweise als ruhig und zurückhaltend beschrieben. Müssen Sie Ihren Stil ändern, um in der teilweise lauten Kantonspolitik zu bestehen?

Ich denke, das Wichtigste ist, sich selbst zu bleiben. Es stimmt, dass laute Parolen nicht unbedingt meinem Charakter entsprechen, aber meine Persönlichkeit hat mich nicht daran gehindert, gewählt zu werden. Viele Menschen haben mir geschrieben, dass Sie mein Einfühlungsvermögen und meine Authentizität im Wahlkampf geschätzt haben. Ich glaube deshalb nicht, dass ich meinen Stil ändern muss. Wichtig ist es, klare Ziele zu haben und Entscheidungen zu treffen, hinter denen ich stehen kann.

Als stellvertretende Generalsekretärin der Genfer Immobilienkammer sind Sie mit dem Thema Wohnungsknappheit vertraut. Welche Massnahmen braucht es, um die Wohnungsnot zu lindern?

Es braucht mehr Bautätigkeit und Verdichtung. Insbesondere müssen wir höher bauen und mit dem Boden sparsamer umgehen. Es muss auch möglich sein, bestehende Gebäude aufzustocken. Wichtig wären auch passende Wohnungen für Senioren, damit sie ihre oft zu grossen Wohnungen zugunsten von Familien freigeben können.

Die Wahlerfolge von Ihnen und Nathalie Fontanet zeigen, dass die Genfer Bevölkerung FDP-Kandidatinnen vertraut. Ist das ein positives Zeichen im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober?

Ich hoffe es! Mit der Kandidatur von Simone de Montmollin für den Ständerat und den anderen fünf Persönlichkeiten, die für den Nationalrat kandidieren, sind wir gut aufgestellt. Ich bin überzeugt, dass wir auch im Oktober das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Interview: Marco Wölfli

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



OECD-Mindeststeuer



Klima-Gesetz



Covid-Gesetz

Ja zum Covid-Gesetz

Am 18. Juni stimmt die Schweiz zum dritten Mal über das Covid-Gesetz ab. Das Parlament entschied sich Ende 2022, einzelne Bestimmungen des befristeten Covid-Gesetzes bis Mitte 2024 zu verlängern. Dabei geht es unter anderem darum, dass der Bund wichtige medizinische Güter beschaffen oder herstellen kann und Ausnahmen bei der Einführung von Heilmitteln gewährt werden können. Ebenfalls soll die Swiss-Covid-App weiterhin international

kompatibel bleiben, falls andere Länder Massnahmen verhängen. Die FDP hat der Verlängerung mit grossem Mehr zugestimmt. Für die FDP war ausschlaggebend, dass gefährdete Personen und das Gesundheitssystem nötigenfalls rasch geschützt werden können und die Reisefreiheit bewahrt werden kann, falls andere Länder Einschränkungen beschliessen. Die Parteipräsidentenkonferenz hat am 5. Mai die Ja-Parole beschlossen.



KOLUMNE

Unheilige Allianz zum Schaden der Schweiz



Die ausserordentliche Session zur Rettung der Credit Suisse war ein trauriges Beispiel für die Selbstdarstellung von gewissen Parlamentsmitgliedern.

Die Rettung der Credit Suisse ist ein einschneidendes Ereignis für unser Land, die Bevölkerung und die Wirtschaft. Garantien in der Höhe von 109 Milliarden Franken sind kein alltägliches Geschäft und die ausserordentliche Session war deshalb wichtig und notwendig. Die FDP hatte von Beginn weg eine klare und kritische Haltung. Auch ich bin wütend auf das Topmanagement der Credit Suisse und kritisch gegenüber der staatlichen Intervention, die nötig war. Zudem Sorge ich mich um die vielen Angestellten. Es ist ausserdem frustrierend, dass die 2008 beschlossenen Regulierungen nicht ausreichten, um ein erneutes Eingreifen des Bundes zu verhindern.

Die FDP hat auch kritische Fragen gestellt, aber darob niemals ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft vergessen und sich stets für eine konstruktive Politik eingesetzt. Dazu gehört auch eine gewisse Bescheidenheit. Denn noch ist nicht restlos geklärt, was die genauen Auslöser und Umstände waren, die die CS-Rettung notwendig gemacht haben, und welche Massnahmen nun tatsächlich ergriffen werden müssen.

Die FDP nimmt ihre Verantwortung wahr, weil es der Daseinszweck einer Partei ist, der Bevölkerung zu dienen. Leider haben in der ausserordentlichen Session nicht alle Parteien diese Verantwortung wahrgenommen. Die Ablehnung der CS-Kredite durch SVP und Linksgrün war feige, da die Finanzdelegation bereits zugestimmt hat. Die Polparteien konnten also gefahrlos Nein sagen, ohne Konsequenzen zu fürchten. Paradoxe Weise war das nur möglich, weil eben die Finanzdelegation ihre Verantwortung wahrgenommen hat. Die FDP ist die Partei, die Verantwortung übernimmt und die Arbeit erledigt. Das haben wir einmal mehr unter Beweis gestellt.

Johanna Gapany,
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

NEU: ALLWETTERLEICHTPLAKATE® AUS RECYCLINGMATERIAL

Gestalten Sie Ihre Aussenwerbung noch nachhaltiger mit unseren Allwetterleichtplakaten® aus Recyclingmaterial:

- 600g/m² Hohlkammerplatten mit hohem Recyclinganteil
- Weisse Vorderfläche, graue Rückseite – bessere Opazität
- 100% wetterfest und 100% recycelbar
- Erhältlich für alle Formate (Standard, Freeform, Faltschilder)

Allwetterleichtplakat®
Von A1 bis F4 erhältlich.



Allwetterleichtplakat® Freeform
In jeder Wunschform erhältlich.



Jetzt entdecken auf
flyerline.ch/recycling-awlp

gedruckt in der
schweiz



flyerline.ch
Mehr als eine Online-Druckerei